

- (A) Betrieb. Das heißt, in der überwiegenden Zahl der Fälle gibt es keine staatliche Förderung.

Warum sollte dann nicht auch die Wirtschaft im Bereich der akademischen Fachkräfte mitwirken? Stattdessen wurde es bisher vor allem dem Staat bzw. dem Steuerzahler überlassen, die Akademiker auszubilden, und die berufliche Ausbildung wurde vor allem durch die Wirtschaft getragen. Allerdings ist darauf zu achten, dass durch die Zuschussung der Stipendien nicht das bewährte System der Begabtenförderung ausgehebelt wird.

Sie weisen in Ihrem Antrag zur Finanzierungsberatung für Studierwillige auf die aus Ihrer Sicht bestehende Unübersichtlichkeit der Studienfinanzierungsangebote – BAföG, Studienkredite, Stipendien – hin. Die Bundesregierung soll deshalb aufgefordert werden, ein Konzept zur frühzeitigen Finanzierungsberatung für Studierwillige und Studierende zu erarbeiten; insbesondere Personen ohne Anspruch auf BAföG-Förderung sollen „maßgeschneiderte Finanzierungspläne“ angeboten werden.

Ihre plötzliche Freude am Aufbau neuer Bürokratien überrascht mich!

Als bayerische Abgeordnete möchte ich hier anmerken: Was die Studienfinanzierungsberatung betrifft, übernehmen in Bayern die Studentenwerke diese Aufgabe, die wiederum alle Studierenden durch ihre Beiträge mitfinanzieren und die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben zudem einen staatlichen Zuschuss erhalten. Insoweit sehe ich keinen Handlungsbedarf, da die Beratung schon besteht und anerkanntermaßen auch recht gut funktioniert. Im Übrigen kann ich von einem erwachsenen Menschen, der nach der erreichten Hochschulzugangsberechtigung ein Studium beginnen möchte, erwarten, dass er sich in Eigeninitiative anhand der Vielzahl an Angeboten und Möglichkeiten eine für ihn passende herausuchen und nutzen kann. Gerade von den Liberalen hätte ich mehr Mut zum Vertrauen in die Kräfte des Marktes und das Funktionieren der Selbstorganisation der Betroffenen erwartet.

Nicht nur über das Vergleichen von Stiftung Warrentest, sondern auch aus den Internetauftritten der KfW und privater Geschäftsbanken sowie privater Beratungsseiten – „studis online“ – sind vorzügliche Übersichten über das Marktangebot im Kreditsegment verfügbar.

Das unter anderem von BMBF, KMK, BA und HRK mitgetragene Netzwerk „Wege ins Studium“ bietet auf seiner Internetseite unter der Rubrik „Studium – wie finanzieren?“ eine Übersicht und weiterführende Hinweise und Links auch zu anderen Finanzierungsinstrumenten wie Begabtenstipendien etc. Es kann nicht Aufgabe des Bundes sein, dem durchaus funktionierenden Prozess der themenorientierten Informationsverbreitung via Internet zusätzlich durch den Versuch eines öf-

fentlichen Beratungskonzepts Konkurrenz zu machen. Die Beratungsaufgabe aufseiten der öffentlichen und öffentlich beliehenen Institutionen ist da bei den Studentenwerken schon richtig und ausreichend verankert. (C)

Bund und Länder haben zudem auf dem gemeinsam betriebenen Bildungsserver im Internet unter der Rubrik „Studienfinanzierung/Studienkredite“ einen umfassenden Überblick über existierende Finanzierungsangebote und Hinweise zu Vergleichen und Bewertungen Dritter zusammengestellt, mit dessen Hilfe sich alle Interessenten unmittelbar weiterinformieren und gezielt um Beratung nachsuchen können.

Neue Beratungsstrukturen halte ich nicht für erforderlich, wohl aber die weitere Werbung für die vorhandenen Informationssysteme.

Der Gerichtsentscheid des Bundesverfassungsgerichts zum 6. Hochschulrahmenänderungsgesetz hat ausdrücklich festgelegt, dass der Bund die Erhebung von Studiengebühren nicht verbieten kann. Wenn die linke Fraktion sich darüber hinwegsetzt und erneut ein Verbot fordert, dann missachtet sie nicht nur die Entscheidung eines Verfassungsorgans, sondern sie will auch in Zukunft den nicht-akademischen Steuerzahlern zumuten, über ihre Steuern zu 90 Prozent die Ausbildung der künftigen Akademiker zu bezahlen. Was an dieser Politik sozial sein soll, ist gänzlich unverständlich.

**Monika Grütters** (CDU/CSU): Zum wiederholten Mal diskutieren wir hier im Deutschen Bundestag nun Themen, die nur sehr begrenzt in die Zuständigkeit des Bundes fallen. Das liegt in der Natur der Sache, denn Hochschulthemen sind in der föderalen Ordnung der Bundesrepublik nun einmal Ländersache. Und dennoch versucht die Opposition, dort vor allem die Grünen und die Linke, uns wiederholt derartige Debatten aufzudrängen, haben sie doch beide in den Bundesländern wenig Gelegenheit, sich zu profilieren, weil sie eben auch da in der Opposition sind. Also versuchen wir uns im Bundestag in einer Debatte, die in die Länder gehörte. Sei's drum. (D)

Meine Kollegin Seib hat zu den Vorstellungen der FDP über eine Finanzierungsberatung für Studierende ausreichend Stellung bezogen, daher geht mein Kommentar an Sie, die Linke, und auch an die Grünen, die sich im föderalen Geflecht der Bundesrepublik nur schlecht zurechtfinden.

Zunächst zu den Linken, die sich einmal mehr in einem Reflex gegen Studiengebühren gefallen, ohne auch nur annähernd realistische Vorschläge für eine auskömmliche Hochschulfinanzierung zu machen. Und in den wenigen Ländern, in denen Sie mitreden können, wie Berlin zum Beispiel, toppen Sie diese weltfremde Haltung auch noch durch eine Ablehnung neuer Rechtsformen oder einer Flexibilisierung der Hochschulverfassungen.

- (A) Das ist nicht nur unverantwortlich und populistisch, sondern basiert auch auf falschen Annahmen über die Wirkung von Studienbeiträgen:

Die Behauptung beispielsweise, durch Studienbeiträge würden junge Menschen vom Studium abgehalten, ist falsch. Fakt ist dass in den Ländern, in denen Studienbeiträge erhoben werden, zum Beispiel Niederlande, Australien, die Studienanfängerzahlen sogar gestiegen sind. Die Gebühren werden hier für den Ausbau des Systems verwandt und kommen so den Studierenden selbst zugute. Und auch bei uns in Deutschland ist es so, dass private Hochschulen, die Studiengebühren erheben – und diese übrigens durch entsprechende Stipendien für Bedürftige oder Begabte kompensieren – sehr attraktiv sind. Das gilt auch für Studierende mit geringerem Elterneinkommen, wie das Beispiel Witten-Herdecke zeigt: Dort ist der Anteil der BA-FöG-Empfänger genauso hoch wie an staatlichen, kostenfreien Hochschulen.

Ein Verbot von Studiengebühren, das übrigens das Bundesverfassungsgericht im Januar 2005 für unzulässig erklärt hat, würde die Chance leichtsinnig aufs Spiel setzen, die Hochschulen wenigstens etwas besser zugunsten der Studierenden auszustatten. Studienbeiträge definieren das Verhältnis zwischen zahlenden Nachfragern und Anbietern der Lehrleistungen auch ganz neu: Studierende werden nicht länger als Last begriffen, sondern die Hochschulen werben neuerdings mit bedarfsgerechten und differenzierten Angeboten in einem qualitativen Wettbewerb um Studierende. Ganz entscheidend in der Debatte aber ist, dass Sie sich endlich von dem Märchen verabschieden, Studienbeiträge verschärften die soziale Ungleichheit!

Wissenschaftliche Gutachten zeigen, dass das beitragsfreie Studium de facto eine Umverteilung von arm zu reich bedeutet: Die schlechter Verdienenden finanzieren mit ihren Steuern den später besser Verdienenden das Studium, die Krankenschwester finanziert das Medizinstudium des Arztesohnes jedenfalls mit.

Auch das Argument, Arbeiterkinder würden durch Studiengebühren vom Studium und somit vom sozialen Aufstieg abgehalten, ist falsch. Die soziale Selektion, die in Deutschland leider immer noch stärker ist als in anderen europäischen Ländern, erfolgt nämlich, wie die PISA-Studie jüngst wieder bestätigt hat, nicht beim Übergang zwischen Schule und Universität, sondern schon viel früher, beim Übergang von der Grund- zur weiterführenden Schule.

Und zum Schluss erlaube ich mir auch den Hinweis darauf, dass jüngste repräsentative Umfragen einmal mehr belegt haben, dass eine deutliche Mehrheit der Deutschen, 67 Prozent, nicht gegen, sondern für die Einführung von Studienbeiträgen ist.

Hier manifestiert sich das Bewusstsein für den individuellen Wert eines Hochschulstudiums, das der Staat in Deutschland deshalb so weitgehend finanziert, weil es eben auch einen großen gesamtgesellschaftlichen Nutzen an unseren Akademikern gibt. (C)

Als hochschulpolitische Sprecherin der CDU in Berlin – und diese Themen sind ja eben Ländersache – bin ich immer für sozialverträgliche Studienbeiträge eingetreten, auch für ein entsprechend auszubauendes Stipendiensystem, das sich an Bedürftige und vor allem an Begabte richtet.

Wir haben immer schon für die sogenannten nachlaufenden Gebühren plädiert, wie sie jetzt in Hamburg eingeführt werden sollen: Hier gibt es tatsächlich keine abschreckende Wirkung, und im Blick zurück werden die Absolventen den Wert ihres Studiums noch höher schätzen.

Dass die Grünen ein Monitoring anmahnen, das diese und andere Wirkungen neuerer Beitragsvarianten in einigen Bundesländern beschreibt und bewertet, kann ich verstehen – das ist sicher sinnvoll. Aber wie so vieles auch ist dieses Ländersache. Daher gibt es ja auch bei der KMK eine Ministerarbeitsgruppe Hochschulfinanzierung, die ein solches Monitoring zu liefern hat. Vielleicht muss man ihr Beine machen, aber den Bund damit zu beauftragen, wäre eines von vielen föderalen Missverständnissen.

Studienbeiträge haben ihren Schrecken verloren, denn sie entfalten in vielen Ländern mittlerweile eine vernünftige Wirkung. Zu dieser Vernunft sollten wir alle zurückkehren! (D)

*Jörg Tauss (SPD):* Die Frage einer ausreichenden, tragfähigen und sozial sensiblen Studienfinanzierung ist sicher eine zentrale Zukunftsfrage für den Innovationsstandard Deutschland. Wir brauchen über die Notwendigkeit der Steigerung der zuletzt wieder fallenden Studierendenquote – Studiengebühren lassen grüßen – als Beitrag auch zur mittelfristigen Sicherung unseres Fachkräfteangebots an dieser Stelle sicher nicht zu streiten.

Aber die Frage sozial vertretbarer Finanzierungsmodelle ist noch weit davor eine grundlegende Frage der echten Chancengleichheit in der Hochschulbildung. Für die SPD als Bildungspartei ist und bleibt die weiterhin gültige Diagnose, dass soziale Herkunft und die finanziellen Möglichkeiten der Eltern auch heute noch zu oft über Bildungschancen entscheiden, eine der unerträglichen Fehlentwicklungen unserer Zeit. Bildungschancen sind Lebens- und damit Zukunftschancen.

Das ist auch der Grund, weshalb wir als SPD gemeinsam mit dem Finanzminister Peer Steinbrück die Kraftanstrengung im letzten Jahr unternommen haben, das BAföG deutlich auszuwei-